

Zwischen radikalem Pazifismus und Realpolitik

Statement beim Arbeitskreis Christen der SPD-Bundestagsfraktion 2016

1. Christliche Botschaft und politischer Friede

Die erste Frage, der ich nachgehen will, ist, wie die christliche Botschaft Jesu Christi und der politische Friede unter den Völkern zusammenhängen. Im Glauben gründet die Hoffnung, dass Friede auf Erden nicht Utopie bleibt bis ans Ende der Zeiten, sondern dass die Menschen die Gewalt überwinden. Diese Hoffnung hat ihren Grund in der christlichen Kernbotschaft.

Wie lässt sich diese christliche Hoffnung in Politik übersetzen? Die frühe Kirche ist bei der konsequenten Ablehnung jeglicher Gewalt geblieben. Zugleich musste auch sie feststellen, dass Konflikte auch in der jungen Kirche unausweichlich sind. Entscheidend ist, wie mit Konflikten unter Menschen umgegangen wird, wenn die beiden Streitparteien selber keine Lösung finden. Die völlige Ablehnung von Gewalt kann für den Einzelnen eine Option sein. Jedoch kann man nicht für andere – gegen ihren Willen - entscheiden, auf Gegenwehr zu verzichten.

Die christliche Friedensbotschaft, das ist der Kern der Aussage der beiden großen Kirche, wird dann in Politik übersetzt, wenn diese Friedensvision ernsthaft in den Blick genommen und in konkreten politischen Schritten umgesetzt wird, so wie es jeweils möglich ist: Die große zivilisatorische Leistung der Völkergemeinschaft in der Neuzeit, vor allem seit dem Ende des 19. Jahrhunderts besteht darin, eine internationale Friedensordnung auf der Basis eines allgemein anerkannten internationalen Rechts anzustreben und mit der UN, dem IGH und Intern. Strafgerichtshof etc in ersten Schritten umgesetzt zu haben. Dies sind Schritte in die richtige Richtung – dem aber noch weitere folgen müssen. Die Anerkennung als Rechtsgenossen in der Völkergemeinschaft ist das friedensethische Minimum, das Völker und Staaten einander schulden.

2. Gewachsene Verantwortung und deutsche Interessen

Auch in kirchlichen Kreisen wird gelegentlich die These vertreten, dass es moralisch hochstehender wäre, wenn ein Staat keine Interessen hätte oder keine vertreten würde oder dass Interessen sogar per se etwas Unmoralisches wären. Das halte ich für falsch! Politische Gemeinschaften können gar nicht anders als ihre Interessen zu vertreten: Interessen sind Ausdruck des gemeinschaftlichen Wollens auf ein Ziel hin.

Neben der Frage, wie sich deutsche Interessen adäquat definieren lassen, ist das meines Erachtens spannende Thema, auf welche Weise Interessen ethisch verantwortbar durchgesetzt werden dürfen, da Staaten (wie Individuen) in ihrer Interessensvertretung unvermeidlich in Konflikt geraten. Nicht die Vertretung von Interessen ist ethisch ein Problem. Die Verteidigung staatlicher Interessen ist, insofern und solange legitim, als sie die berechtigten Interessen der übrigen Betroffenen nicht unterminiert. Problematisch ist die ungezügelte Durchsetzung eigener Interessen ohne Rücksicht auf die legitimen Interessen anderer, die noch heute in einen politischen und gelegentlich militärischen Machtkampf ausartet, in dem am Ende das Recht des Stärkeren siegt. Die Mechanismen, solche zwischenstaatlichen Interessenskonflikte friedlich auszutragen, sind vorhanden aber immer noch unterentwickelt. Mit dem internationalen Recht und den Vereinten Nationen stehen zwar prinzipiell die richtigen Instrumente zur Verfügung, jedoch ist die Bereitschaft, diese Instrumente konsequent zum Interessenausgleich zu nutzen, noch sehr rudimentär. Es liegt im deutschen Interesse, an der Weiterentwicklung des internationalen Rechts, der UN-Institutionen und ihrer konsequenten Nutzung dieser Instrumente zu arbeiten. Erst auf diese Weise lässt sich ein gerechtigkeitsorientierter Interessenausgleich zwischen Völkern und Staaten organisieren.

Sehr grundsätzlich bedeutet die auch von mir bejahte Verantwortung Deutschlands in der internationalen Politik, dass Deutschland dem internationalen Recht und den entsprechenden Rechtsinstitutionen wo immer möglich zu Akzeptanz und mehr Gewicht verhelfen muss, also für die Akzeptanz des internationalen Rechts, des Internationalen Gerichtshofs (IGH), des Internationalen Strafgerichtshofs

(IStGH) und vor allem der Vereinten Nationen einzutreten und zu werben; nicht zuletzt bei unseren westlichen Verbündeten.

3. Eine auf Interessenausgleich angelegte internationale Politik

Beispiel Mali zeigt, dass die Dominanz partikularer Interessenpolitik (Frankreich) eine wirkliche politische Erneuerung (in Bamako) aus Eigeninteresse verhindert, weil eine wirkliche politische Beteiligung der Tuareg-Völker in den politischen Prozess in Bamako – auch auf französischen Druck – faktisch unterbunden worden ist: die zivilgesellschaft aus dem Norden Mals hatte keine Chance, sich in der vorgegebenen kurzen Zeit in politischen Parteien zu organisieren und konnte also zu den Wahlen nicht antreten.¹ Deutschland unterstützt durch seine Beteiligung an der europäischen Mission in Mali (EUTM) damit leider eine von Frankreich durchgesetzte Politik des *status quo* in Mali; der politische Grundkonflikt des Landes, der zu schon zu mehreren Aufständen der Tuareg geführt hat – 2012 angeführt von islamistischen Dschihadisten – bleibt nach wie vor ungelöst, weil Partikularinteressen anstelle von Gemeinwohlprinzipien dominieren.

4. Europäische Völker und Staaten tragen eine erhebliche Mitverantwortung für politische Grundkonflikte in Teilen Afrikas, Arabischen Welt und Asiens.

Derzeit spüren wir die Auswirkungen von gewalttätigen Gewaltkonflikten, vor denen weltweit Millionen Menschen fliehen – auch nach Europa. An der Entstehung einer Reihe dieser Konflikte sind europäische Kolonialmächte beteiligt; im Kern liegt diesen Konflikten eine tiefgehende Missachtung anderer Völker und Kulturen zugrunde, die sich bis in die Gegenwart z.B. in der Intervention in sogenannten „Einfluss-Zonen“ fortsetzt. Auch die Kritik afrikanischer Staaten z.B. an *Economic Partnership Agreement* (EPA) zeigt, dass die politisch-ökonomischen Asymmetrien nicht überwunden sind. Deutschland muss sich in der EU für einen gerechtigkeitsorientierte Ausgleich konkurrierender Interessen einsetzen; dies gelingt perspektivisch am besten durch eine am Recht orientierte Politik. Zugleich müssen wir in Europa über Versöhnungsinitiativen nachdenken, die die fortdauernden Leiden von Menschen in ehemaligen Kolonialgebieten anerkennen und überwinden helfen.

¹ Vgl. Heinz-Gerhard Justenhoven, Mali vor dem nächsten Krieg? in: Frankreich, Deutschland und die EU in Mali. Chancen, Risiken, Herausforderungen, S.Brüne, H.G.Erhart, H.G.Justenhoven (Hg.), (Studien zur Friedensethik 52), 179-201.